

Jugend im Blick

Jugendpolitische Positionen
des IB

Jugend im Blick – Jugendpolitische Positionen des IB

Jugendliche sind in Deutschland die Zielgruppe einer Vielzahl von Politikbereichen, in denen der Lebensabschnitt Jugend jeweils partiell betrachtet wird. Doch zwischen Jugendhilfe, Bildungs- und Arbeitsmarkt- sowie Sozialpolitik besteht die Gefahr, den Blick für die komplexen Bedarfslagen von Jugendlichen, wie sie aus den realen Lebenszusammenhängen entstehen, zu verlieren.

Jugend und Partizipation

- Jugendliche müssen in ihren Bedürfnissen ernst genommen werden und brauchen die Möglichkeit, als Experten ihr unmittelbares Umfeld auch außerhalb von Schule aktiv und selbstbestimmt mitzugestalten.
- Jugendliche brauchen Chancen, sich abseits des Erfolgsdrucks in die Gesellschaft einzubringen. Durch Partizipationsmöglichkeiten in der lokalen Gemeinschaft und ehrenamtliches Engagement erfahren sie ihre Stärken und ihre Möglichkeiten, selbst etwas zu bewegen, und können auf diese Weise Vertrauen in die Demokratie entwickeln.
- Freiwilligendienste im In- und Ausland müssen mit der nötigen Flexibilität ausgestattet sein, um für alle Jugendliche zugänglich zu sein.

Die Erosion sozialer Milieus – Jugend und Individualisierung

- Alle Jugendlichen, gerade aber benachteiligte Jugendliche, brauchen Unterstützung bei der Suche nach Orientierung und beim Aufbau eines positiven Selbstbildes. Dazu gehören vor allem positive erwachsene Vorbilder, ein förderndes soziales Umfeld und verlässliche soziale Kontakte.
- Jugendliche benötigen vertrauensvolle und kompetente Beratung in allen Lebenslagen sowie Möglichkeiten und Zeit, Neigungen und Interessen selbstständig auszuprobieren.
- Jugendliche benötigen Unterstützung in der Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen-Stereotypen; nur so kann die Ausgestaltung von Weiblichkeit und Männlichkeit gelingen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem schulischen Kontext sowie der Berufswahl.

Jugendliche im Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beruf

- Um einen erfolgreichen Übergang ins Berufsleben zu fördern, muss vor allem eine geeignete zielgruppenadäquate Berufsorientierung verstärkt werden.
- Ein bundesweit gültiges System von miteinander abgestimmten und aufeinander aufbauenden Abschlüssen und Anschlüssen kann die Effizienz des Übergangssystems verbessern. Gleichzeitig müssen regionale Besonderheiten und Bedarfslagen berücksichtigt werden.
- Um die Maßnahmen des Übergangssystems effizient zu gestalten, müssen sie stärker mit Angeboten zur Förderung von Chancengerechtigkeit sowie mit Maßnahmen zur Nachqualifizierung verbunden und auf die verschiedenen Zielgruppen zugeschnitten werden.

- Die Bedarfslagen von Jugendlichen mit Behinderung müssen sowohl bei der Berufsorientierung als auch im Übergangssystem und in der Berufsausbildung gemäß dem Grundsatz der Inklusion berücksichtigt werden.
- Fähigkeiten und Kompetenzen, die nonformal und informell erworben werden, müssen berücksichtigt werden.

Jugend und Familie

- Es gilt, Jugendliche in der Auseinandersetzung mit ihren Familienvorstellungen und -erfahrungen zu begleiten sowie sie darin zu unterstützen, ein positives und realistisches Bild von Familie zu entwickeln.
- Für Kinder und Jugendliche, die in familiären Konfliktsituationen leben, sind familienergänzende oder -ersetzende Lern- und Lebensorte zur Verfügung zu stellen, beispielsweise in Tagesgruppen oder Wohngruppen.
- Kinder und Jugendliche, die von Gewalt in der Familie betroffen sind, brauchen spezielle, auch genderspezifisch orientierte Beratungsangebote oder Freiräume.
- Auch Unterstützungsangebote für junge Erwachsene über 18 Jahre, die deren Familien mit einschließen, müssen verstärkt werden.

Jugend in sozialer Segregation und Armut

- Alle Angebote des Bildungssystems sowie gesellschaftliches Leben und Kultur müssen allen Jugendlichen offenstehen. Die Gesellschaft muss auf diese Weise die Voraussetzung schaffen, dass alle Jugendlichen die gleichen Chancen haben.
- Der direkte Zusammenhang zwischen schulunabhängigen Faktoren wie Elternhaus und Schichtzugehörigkeit und Schulnoten muss überwunden werden.
- Arbeitslosen Jugendlichen und jungen Menschen in instabilen Beschäftigungsverhältnissen muss dabei geholfen werden, Strategien zu entwickeln, mit denen gesellschaftliche Inklusion erreicht werden kann und die Motivation zur Weiterqualifizierung erhalten bleibt.

Jugend in der Informationsgesellschaft

- Jugendliche jeglicher sozialen Herkunft sollen unabhängig von Bildungshintergrund, Geschlecht und kulturellen Wurzeln Anteil an der Wissensgesellschaft haben können. Dazu sind sowohl die Zugangswege zu neuen Medien sicherzustellen als auch die Fähigkeiten für eine grundlegende Medienkompetenz zu vermitteln.
- Die Vermittlung von Medienkompetenz muss in allen Bereichen, in denen mit Jugendlichen gearbeitet wird, zur Querschnittsaufgabe gemacht werden. Durch den Einsatz von E-Learning in Unterricht und Ausbildung erreichen wir sowohl eine verbesserte Medienkompetenz als auch eine höhere Motivation und damit größere Bildungserfolge in den einzelnen Fachgebieten.
- Weitere zielgruppengerechte Ansätze müssen entwickelt werden, die Jugendliche darin schulen, die Informationsflut des Internets zu filtern sowie Einzelinformationen und Fakten in Zusammenhänge einzuordnen und zu verarbeiten. Alternativen zu einer riskanten Nutzung neuer Medien, die z.B. Sucht und Realitätsflucht bewirkt, müssen entwickelt und aufgezeigt werden.

Jugend und Internationalisierung

- Jugendliche aus allen Gruppen und Lebenssituationen müssen die Möglichkeit bekommen, Erfahrungen im Ausland zu sammeln und diese als Bildungserfahrung zurück in ihrem Alltag verwerten zu können.
- Die dafür notwendige Unterstützung muss unter Berücksichtigung ihrer jeweils besonderen Bedürfnisse gewährleistet sein.
- Im Zuge berufsbezogener Mobilitätserfahrungen erworbene Qualifikationen müssen grenzüberschreitend Anerkennung finden.
- Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen mehr Möglichkeiten, ihre spezifischen Kompetenzen in der internationalen Jugendarbeit zu erfahren und zu vergrößern.

Jugend, Migration und Integration

- Die Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundlage, aber keineswegs ein ausreichendes Kriterium für die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. Mindestens genauso wichtig, vor allem für sozial benachteiligte Jugendliche, ist die Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu Bildung, Ausbildung und Beruf.
- Es gilt, die „Transkulturalität“ von Jugendlichen mit Migrationshintergrund als Chance wahrzunehmen und im pädagogischen Handeln zu berücksichtigen.
- Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen, Organisationen, Einrichtungen und Betrieben bewirkt den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen und trägt zu einem gesellschaftlichen Klima der Akzeptanz bei.

Jugendliche in gefährdenden und riskanten Lebenslagen

- Prävention, also die kontinuierliche Durchführung vorbeugender Maßnahmen zum Schutz von Jugendlichen, muss vor allem in Angeboten der Bildung und Erziehung berücksichtigt werden, die sich an benachteiligte und beeinträchtigte Jugendliche wenden.
- Programme und Maßnahmen zum Schutz von Jugendlichen dürfen nicht nur das individuelle Verhalten zum Thema haben, sondern müssen auch die Verhältnisse im Blick haben. Denn nur in Verhältnissen, die körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden fördern, können sich Jugendliche zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten entwickeln.

Lebenslagen Jugendlicher ganzheitlich denken

- Jugend als Entwicklungsstadium muss mit all ihren Implikationen zugelassen werden und den notwendigen Raum bekommen.
- Jugendliche und ihre Familien müssen in ihrer Eigenverantwortung respektiert und gestärkt werden.
- Die Partizipation von Jugendlichen muss gestärkt werden.
- Der respektvolle und gewinnbringende Austausch zwischen den Generationen muss handlungsleitend sein.
- Problemen junger Menschen muss so früh wie möglich präventiv entgegengewirkt werden.
- Jugendliche müssen individuell und ganzheitlich gefördert werden. Eltern, Familie und soziales Umfeld sind dabei immer eingeschlossen.

Die ausführlichen Positionen des IB finden Sie in unserer Broschüre [„Jugend im Blick –Jugendpolitische Positionen des IB“](#), Frankfurt a.M., 2013

Ihre Ansprechpartnerin:

Name: Daniela Keeß

Mailadresse: Daniela.Keess@internationaler-bund.de

Telefonnummer: 069 94545-150

Impressum

Internationaler Bund (IB)

Sitz: Frankfurt am Main, Vereinsregister Nr. 5259

Herausgeber: Thimo Fojkar, Vorsitzender des Vorstandes

Valentin-Senger-Straße 5, 60389 Frankfurt am Main

Postfach 600460, 60334 Frankfurt am Main

Telefon +49 (69) 9 45 45-0, Fax +49 (69) 9 45 45-280

info@internationaler-bund.de

Redaktion: Sebastian Engmann,

Geschäftsführer Ressort Produkte & Programme

zgf-pp@internationaler-bund.de

Telefon +49 (69) 9 45 45-240

www.internationaler-bund.de